

Wolbergs und die spendable Baubranche

Der Staatsanwalt ermittelt – Regensburger OB wehrt sich gegen Vorwurf der Vorteilsnahme

Von Wolfgang Brun

Regensburg. Paukenschlag in der Oberpfalz: Wie die Regensburger Staatsanwaltschaft mitteilt, sind wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung Diensträume der Stadt Regensburg sowie Privat- und Geschäftsräume durchsucht worden. Es geht um angeblich tarnungshalber gestückelte Parteispenden in einer Gesamthöhe von einer halben Million Euro an den SPD-Ortsverband von Oberbürgermeister Joachim Wolbergs. Das Stadtoberhaupt wies die Vorwürfe zurück und erklärte sofort „volle Kooperationsbereitschaft seitens der Stadtverwaltung, damit in einem transparenten Aufklärungsverfahren alle Vorwürfe schnell vom Tisch kommen.“

Das Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme richtet sich gegen Wolbergs selbst und wegen angeblicher Vorteilsgewährung gegen drei Regensburger Baufirmen. Wolbergs wird laut Staatsanwaltschaft vorgeworfen, von den drei Unternehmen aus der Immobilienbranche seit 2013 insgesamt über 500 000 Euro Spendengelder für den SPD-Ortsverein Regensburg-Süd als dessen Vorsitzender entgegengenommen zu haben. Dabei bestehe der „Anfangsverdacht, dass diese Spenden nicht nur einer straflosen politischen Landschaftspflege dienten, sondern der Oberbürgermeister dazu veranlasst werden sollte, seinen Einfluss bei anstehenden Entscheidungen der Stadt über verschiedene Bauvorhaben im Sinne der Spender auszuüben“. Aufseiten der Spender wäre dies strafbar als Vorteilsgewährung.

Kein Kommentar vom OB

Wolbergs ließ seinen Rechtsreferenten Wolfgang Schörnig in einer gestern Nachmittag unverzüglich einberufenen Pressekonferenz klarstellen, dass „der Anfangsverdacht sich nicht erhärten wird“ und, dass „es im Rathaus entgegen ersten Pressemeldungen nicht zu Durchsuchungen habe kommen müssen, weil man sofort absolute Kooperation angeboten“ habe. Gleichwohl schreibt die Ermittlungsbehörde davon, dass auf der Grundlage des Sachverhalts die Staatsanwaltschaft beim Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Regensburg die Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt habe, die am Dienstag durch 69 Beamte der Kriminalpolizeiinspektion Regensburg und sieben Staatsanwälte vollzogen worden seien, um dem – ausdrücklich so bezeichneten – reinen Anfangsverdacht nachzugehen.

Laut Schörnig geht Oberbürgermeister Joachim Wolbergs ganz normal seinen Amtsgeschäften nach. Während der Pressekonferenz nahm er an einer Ausschusssitzung teil. Die aktuellen Vorwürfe werde er als Betroffener nicht selbst kommentieren. Nur so viel ist laut Schörnig zu zitieren: „Der OB hat sich nichts vorzuwerfen – er hat ein reines Gewissen.“ Die Stadt habe alle rele-



Der Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs: Gegen ihn wird nun ermittelt.

(Foto: dpa)

vanten Unterlagen, die die drei Bauunternehmen betreffen würden, rückwirkend bis 2011 an die Ermittlungsbehörde übermittelt. Alle baurechtlichen Entscheidungen seien nach Kenntnisnahme digital übermittelter Akten von den zuständigen Gremien, den Fachausschüssen, getroffen worden.

In Einzelbeträge gespalten?

Der Tatverdacht gründet sich laut Oberstaatsanwalt Theo Ziegler vor allem auf den Umstand, dass es sich um hohe Spenden handelte, die vermutlich in Einzelbeträge unterhalb von 10 000 Euro aufgespalten wurden, um die andernfalls gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung des Spendernamens und der Höhe der Spende im Rechenschaftsbericht der Partei zu umgehen.

Wie es dem Stadtoberhaupt jetzt persönlich gehe, angesichts der bekanntgewordenen Vorwürfe, wurde der Rechtsreferent in der Pressekonferenz gefragt: „Der OB fühlt sich völlig zu Unrecht in den Anfangsverdacht gerückt. Er geht seinen Amtsgeschäften normal nach und wird das normal weiter tun“, berichtet Schörnig. „Für die Wahrnehmung seiner persönlichen Interessen ist selbstverständlich ein

Rechtsanwalt eingeschaltet.“ Und: „Dem Vernehmen nach ist er not amused!“

Die Ermittlungen sind von der eigenen Partei angestoßen worden. „Ich habe gerade erfahren, dass unser Landesschatzmeister, der auch

Staatsanwalt ist, auf dem Dienstweg den Hinweis weiter gegeben hat, weil er einen rechtlichen Verstoß auf keinen Fall für sich behalten wollte“, sagte die bayerische SPD-Generalsekretärin Natascha Köhnen am Dienstagnachmittag.

Schon früh engagiert

Oberbürgermeister Wolbergs im Kurzporträt

Joachim Wolbergs ist seit zwei Jahren Oberbürgermeister von Regensburg und gilt in der von politischen Erfolgen wenig verwöhnten bayerischen SPD als Hoffnungsträger. Der 45-Jährige wurde 1971 in der Donau-Stadt geboren, seine Eltern stammen aus Ostfriesland. Die sozialen und christlichen Werte seiner Eltern hätten ihn geprägt, sagt Wolbergs. „Sie haben mir beigebracht: Wenn es einem gut geht, dann ist es eine Pflicht dafür zu sorgen, Menschen, denen es nicht so gut geht, zu helfen.“

Schon früh engagierte sich Wolbergs. Jahrelang war er Klassen- und Schülersprecher, später fungierte er als Bezirksschülersprecher für die Gymnasien in der Oberpfalz. 1988 trat Wolbergs in die SPD ein.

Das Studium brach Wolbergs ab und engagierte sich für ein Kultur- und Begegnungszentrum, war ehrenamtlicher Vorsitzender des Trägervereins und übernahm 1993 die Geschäftsführung. In den folgenden Jahren machte er sich vor allem in der Kulturszene einen Namen.

2008 scheiterte Wolbergs nur knapp bei der OB-Wahl an CSU-Amtsinhaber Hans Schaidinger. Sechs Jahre später war Wolbergs dann nicht mehr aufzuhalten: Nach dem altersbedingten Rückzug Schaidingers gewann der SPD-Mann in der Stichwahl gegen den CSU-Vertreter Christian Schlegl mit mehr als 70 Prozent der Stimmen. Damit hatte Regensburg erstmals seit 18 Jahren wieder einen SPDler als Stadtoberhaupt. (ta)